

Medienmitteilung Tieranwalt

Thema	Initiative Tieranwalt
Für Rückfragen	Tiana Moser, Mobile 076 388 66 81
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 323 05 30, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	9. Juni 2009

Die kantonale Strafrechtspraxis im Bereich des Tierschutzes weist erhebliche Unterschiede auf. Der Vollzug ist ungenügend und es besteht Handlungsbedarf. Es braucht eine wirkungsvollere Verfolgung von Personen, die gegen das Tierschutzgesetz verstossen.

Leider haben es die Kommissionen beider Räte verpasst, dieses berechnigte Anliegen auf Gesetzesstufe mit einem indirekten Gegenvorschlag zu regeln. Die Grünliberalen sprechen sich deshalb für die Volksinitiative aus.

Bisher nehmen die Kantone ihre Verantwortung sehr unterschiedlich wahr. Die Unterschiede im Strafvollzug im Tierschutzbereich sind gravierend. Verstösse gegen das Tierschutzgesetz werden vielerorts immer noch ungenügend oder gar nicht verfolgt. „Wenn über die letzten Jahre in einigen Kantonen gar keine oder nur sehr wenige Verstösse gegen das Tierschutzgesetz registriert wurden und in anderen Kantonen wie Zürich und St. Gallen über 130 ist das kein Zufall“, sagte die Grünliberale Tiana Moser heute im Nationalrat. Diese Unterschiede seien kaum darauf zurückzuführen, dass in den Kantonen Zürich und St. Gallen die Bevölkerung besonders häufig gegen das Tierschutzgesetz verstosse, hingegen die Bevölkerung in Genf und im Wallis tierliebender sei. Vielmehr sind es die Kantone Zürich und St. Gallen, die seit einigen Jahren die Institution des Tieranwaltes kennen.

Dass Verstösse gegen das Tierschutzgesetz ungenügend verfolgt werden, zeigen auch die zahlreichen Fälle, welche solche Verstösse als Kavaliersdelikte behandeln. Bei einem möglichen Strafmass von bis zu 40'000 CHF betragen die häufigsten Strafen gerade einmal bis zu 500 CHF. So betrug etwa die Strafe für das leidvolle Töten von kleinen Hunden in einem Fall im Kanton Bern 200 CHF. „Dieses geringe Strafmass ist irritierend“, meint Tiana Moser, Nationalrätin der Grünliberalen.

Mit dem Tieranwalt soll erreicht werden, dass eine spezialisierte Institution die Parteirechte für die Tiere übernimmt. Nun gibt es diesbezüglich verschiedene Modelle. Im Kanton Zürich wurden diese Rechte einem privaten Anwalt übertragen, der sie im Namen des Staates wahrnimmt. Die Rechte könnten aber auch einer Behörde übertragen werden. Im Kanton St. Gallen oder auch Aargau existieren spezialisierte Staatsanwälte. Beide Modelle schlagen sich deutlich in den Resultaten der Straffälle nieder.

Es handelt sich beim Tieranwalt nicht um einen Anwalt, der von jedem angerufen werden kann. Das heisst der Tieranwalt ist kein Schnüffler, der auf Höfen nach Verstössen sucht. Sondern der Tieranwalt wird dann eingeschaltet, wenn die Kontrollen schon durchgeführt wurden resp. Anzeigen eingegangen sind und eine Strafe notwendig wird. Dann sorgt der Tieranwalt über die Einnahme der Parteirechte dafür, dass die Strafe angemessen ist und nicht einfach als Kavaliersdelikt abgetan wird. Der Tieranwalt hat somit auch keine materielle Gesetzesveränderung und somit keine Verschärfung des Tierschutzgesetzes zur Folge. Sondern es geht um den korrekten Vollzug der bestehenden Gesetze und der liegt im Interesse von uns allen.